N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 21. Dezember 2012, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Scherer, Stompfe, Stötzel
GRÜNE:	Dorn, Flohrschütz, Göttling, Dr. Lindemann-Stark, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
Marburger Linke:	Adsan, Köster-Sollwedel, Schalauske
FDP:	Sawalies, Schartner
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler
Parteilos	Klee

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Backes und Wölk (SPD), Kaufmann, Schaffner und Vaupel (CDU), Dr. Baumann (B90/Die Grünen), Bauder-Wöhr (Marburger Linke) sowie der ehrenamtliche Stadtrat Reinhard und die ehrenamtliche Stadträtin Laßmann

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet aus der Sitzung des Ältestenrates vom 20. Dezember:

Wie bereits bekannt ist, hat die MBL-Fraktion die **Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses Versicherungen** beantragt. Dieser Wunsch wird auch weiterhin aufrecht erhalten. Im Ältestenrat wurde daher vereinbart, den Haupt- und Finanzausschuss in seiner üblichen Zusammensetzung mit dieser Aufgabe zu beauftragen, sodass die Bildung eines besonderen Akteneinsichts-ausschusses entfällt.

Die konstituierende erste Sitzung wird stattfinden am **Dienstag, den 22. Januar um 16:45 Uhr im Sitzungsraum Hohe Kante,** vor der regulären Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 17:00 Uhr. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen wird der Stadtverordnetenvorsteher zu dieser ersten Sitzung einladen.

Gegen dieses Verfahren wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Widerspruch vorgetragen. Folglich gilt der Ablauf als genehmigt.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30. November 2012 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Der Stadtverordnete Seitz (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass in der Anwesenheitsliste noch die ausgeschiedene Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen) aufgeführt ist. Nachgetragen werden muss die neue Stadtverordnete Dr. Anke Lindemann-Stark, so wie dies in der Niederschrift auf Seite 2 vermerkt ist.

Die Niederschrift wird entsprechend geändert. Weitere Änderungswünsche aus dem Hause werde nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der geänderten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegt ein Dringlicher Antrag der **CDU-Fraktion betr. Fußweg zu Garten des Gedenkens VO/19130/2012** vor.

Der Dringliche Antrag wurde in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates bereits beraten. Es wurde vereinbart, die Vorlage als **TOP 14.1** in die Tagesordnung aufzunehmen.

Dagegen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Widerspruch vorgetragen. Somit wird die Tagesordnung entsprechend ergänzt.

Der Dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als **Anlage** bei.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler (Nr. 1 12/2012)
Vorlage: VO/1934/2012

Wann wird die Neufassung der Parkraumordnung dem Ausschuss „Umwelt, Energie und Verkehr" vorgestellt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Offenbar ist die Stellplatzsatzung gemeint. Vorgesehen ist eine Vorlage im April 2013.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster-Sollwedel (Nr. 2 12/2012)
Vorlage: VO/1935/2012

Ist der Magistrat sich sicher, dass die auf der Basis der Einstufung von Marburg als „Ausflugsort" im Sinne des HLÖG durch den Kreisausschuss erfolgte Genehmigung für eine Buchhandlung im Steinweg, jeden Sonntag von 12 bis 19 Uhr zu öffnen, den Kriterien „Reisesortiment" etc. sowie „besonders hohes Besucheraufkommen" (Tagesgäste 1:10 zur Bevölkerung, also 8000 Tagesbesucher) standhält?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Festsetzung von Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen in Kur- und Ausflugsorten umfasst die Abgabe von Reisebedarf, insbes. Presseerzeugnisse, Bücher, Straßenkarten, Stadtpläne, Schreibmaterialien, Bild- und Tonträger aller Art, Reiseandenken, Spielzeug, Bedarf für die Reiseapotheke und Reisetoilette, Tabakwaren, Blumen, Lebens- und Genussmittel, Sportartikel, Devotionalien, Waren, die für Marburg kennzeichnend sind, Gegenstände des touristischen Bedarfs. Marburg wurde als Ausflugsort mit besonderem Besucheraufkommen im Sinne des § 5 HLÖG unter Berücksichtigung der zahlreichen Sehenswürdigkeiten und touristischen Anziehungspunkte anerkannt. Die Öffnungszeiten wurden festgesetzt auf die Zeit zwischen 11.00 und 19.00 Uhr.

Eine Einstufung für Marburg als Ausflugsort mit „besonders hohem Besucheraufkommen" erfolgte nicht aufgrund einer Erhebung, wieviel Tagesgäste im Verhältnis zur Bevölkerung stehen. Eine solche Berechnungsformel ist auch den übergeordneten Behörden Kreisausschuss und Regierungspräsidium Gießen nicht bekannt.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster-Sollwedel (Nr. 3 12/2012)
Vorlage: VO/1936/2012

Müsste der Magistrat nach dieser extensiven Auslegung des Hess. Ladenschlussgesetzes nicht auf Antrag u.a. sämtliche Buch-, Spielwaren-, Kosmetik-, Lebensmittel-, Sportläden sowie den großen Kaufhäuser die Öffnung an 40 Sonntagen im Jahr erlauben, wodurch die nach Artikel 140 GG geschützte Sonntagsruhe weitgehend ausgehebelt wäre?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach dem Hessischen Ladenöffnungsgesetz (HLÖG) vom 23.11.2006, zuletzt geändert am 28.09.2011, obliegt dem Kreisausschuss die Bestimmung, eine kreisangehörige Gemeinde zu einem Ausflugs-, Erholungs- und Wallfahrtsort zu bestimmen. In der amtlichen Bekanntmachung vom 01.12.2009 bestimmte der Kreisausschuss die Kernstadt Marburg weiterhin als Ausflugsort mit besonderem Besucheraufkommen.
Danach dürfen an jährlich bis zu 40 Sonn- und Feiertagen Verkaufsstellen Reisebedarf, Sportartikel, Devotionalien, Waren, die für diese Orte kennzeichnend sind und für Gegenstände des touristischen Bedarf geöffnet sein (§ 5).

Unter Reisebedarf sind nach § 2 insbesondere Presseerzeugnisse, Bücher, Straßenkarten, Stadtpläne, Schreibmaterialien, Bild- und Tonträger aller Art, Reiseandenken, Spielzeug, Bedarf für die Reiseapotheke und Reisetoilette, Tabakwaren, Blumen, Lebens- und Genussmittel in kleinen Mengen zu verstehen.

Grundsätzlich könnten auch andere Verkaufsstellen, wie Kaufhäuser, die diesen Reisebedarf, Sportartikel, Devotionalien etc. anbieten, an 40 Sonn- und Feiertagen geöffnet sein, jedoch hätte das Kaufhaus ihr Ladengeschäft so auszurichten, dass die Kundschaft nur diese Artikel kaufen könnte.

Nach dem Arbeitszeitgesetz dürfen Arbeitnehmer (§ 9 Sonn- und Feiertagsruhe) in der Zeit von 0 - 24 Uhr nicht beschäftigt werden. § 10 lässt von diesem Beschäftigungsverbot zwar Ausnahmen zu, die die vg. Verkaufsstellen allerdings nicht umfasst. Dies bedeutet, dass nur Geschäftsinhaber, nicht aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen solche Tätigkeiten ausüben dürfen, wodurch sich die Öffnung von großen Kaufhäusern etc. erübrigen dürfte.

Ebenfalls heranzuziehen ist hier das Hessische Feiertagsgesetz, wonach auch die Sonntage zählen, als Tage der Arbeitsruhe und seelischen Erhebung von 0 - 24 Uhr geschützt sind.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Sawalies (Nr. 4 12/2012)
Vorlage: VO/1947/2013

An der Straße "Auf der Weide" ist der Bürgersteig stark beschädigt, vor allem an der Brücke über den Seitenarm der Lahn in Richtung Frankfurter Strasse. In der Nähe befindet sich das Alten- und Pflegeheim, deren Bewohner, wenn sie mit dem Rollator unterwegs sind, den Bürgersteig nicht nutzen können, sodass sie auf die Strasse ausweichen.
Ist geplant, diesen Zustand zu beheben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Asphaltoberfläche des Gehweges wurde im Zuge des Einbaus der Nullabsenkungen in Teilbereichen des Altenheimes im Juni/Juli 2012 saniert.

Die vorhandenen Asphaltausbesserungen an der Sandsteinoberfläche der Brücke werden im nächsten Jahr entfernt. Zur Ausbesserung wird ein Sandsteinreparaturmörtel verwendet. Der Einbau wird bei geeigneter Witterung (Temperatur > 10° C) im Jahr 2013 erfolgen.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 5 12/2012)
Vorlage: VO/1937/2012

Hat der Magistrat bereits in Erwägung gezogen, die Betreiber von Imbissbetrieben und Schnellrestaurants bei der Reinigung vor den Ladengeschäften an den Kosten, die durch Verschmutzungen entstehen, zu beteiligen, zu Reinigungsmaßnahmen oder zumindest zur Aufstellung von ausreichenden Abfallbehältnissen?"

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach der Straßenreinigungssatzung der Universitätsstadt Marburg wird die Reinigung der öffentlichen Straßen an die Eigentümer sowie Besitzer der durch öffentliche Straßen erschlossenen bebauten und unbebauten Gründstücke übertragen.
Wurden öffentliche Flächen im Rahmen der Sondernutzung an Gewerbetreibende vergeben, sind in den Verträgen auch die Reinigungs- und Verkehrssicherungspflichten enthalten.

Bei konkreten Beschwerden erhalten im Einzelfall Gaststättenbetreiber, die nicht zusätzlich über eine Sondernutzungsgenehmigung für ihren Freisitz verfügen, entweder zu ihrer früheren Gaststättenkonzession Auflagen und nach dem neuen Hessischen Gaststättengesetz Anordnungen den Eingangsbereich im Umkreis z.B. von 3 Metern regelmäßig auf Verunreinigungen (Zigarettenkippen, Flaschen) zu überprüfen und bei entsprechender Verunreinigung unverzüglich zu reinigen.

Einem Hausbesitzer und zugleich Gastwirt wurde auferlegt, die Reinigung der Straße vor seinem Anliegen nach Schließung seiner Gaststätte durchzuführen. Zugleich wurde ihm die Ersatzvornahme durch den DBM angedroht. Seither kommt er seinen Reinigungsverpflichtungen im Wesentlichen nach.
Die Aufstellung von Abfallbehältnissen liegt somit zur Müllvermeidung im öffentlichen Raum im eigenen Interesse.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 6 12/2012)
Vorlage: VO/1938/2012

Wird Marburg sich 2013 wieder an dem Wettbewerb „kommunaler Klimaschutz" mit den örtlichen Klimaschutzprojekten beim Bundesumweltministerium beteiligen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Stadt Marburg ist seit Jahren sehr aktiv im Klimaschutz und zur Zeit intensiv mit der Konkretisierung und Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes beschäftigt. Für 2013 steht die Erarbeitung von vier durch das Bundesumweltministerium geförderte Klimaschutz-Teilkonzepte im Vordergrund. Zusätzlich wird das durch die KfW geförderte „Energetische Quartierskonzept" erarbeitet. Diese Projekte fordern die ohnehin schon engen Personalkapazitäten für 2013 deutlich.

Bei der Preisverleihung zu dem Wettbewerb 2012 war angekündigt worden, dass der Preis auch 2013 vergeben wird. Sobald die Einzelheiten zu den Wettbewerbsbedingungen für 2013 definiert sind, wird geprüft ob und wenn ja mit welchem Projekt oder bei welchen Kategorien sich die Stadt Marburg beteiligen kann. Im Jahr 2009 hat die Stadt Marburg in der Kategorie "Kommunale Liegenschaften" den Deutschen Klimaschutzpreis, datiert mit 50.000 Euro, gewonnen.

Zu den Wettbewerbsbedingungen 2012
Es waren Bewerbungen in drei unterschiedlichen Kategorien möglich. Die Kategorien für den Wettbewerb "Kommunaler Klimaschutz 2012" lauteten:

<u>Kategorie 1: Klimaschutz in kommunalen Liegenschaften</u>
Vorbildliche technische, bauliche und/oder verwaltungsorganisatorische Maßnahmen für den Klimaschutz in kommunalen Liegenschaften z.B. bei der Nutzung erneuerbarer Energie, der Energieeffizienz, beim kommunalen Energiemanagement oder bei der klimafreundlichen Beschaffung.

Kategorie 2: Kommunale Kooperationsstrategien
Übertragbare Strategien zur Umsetzung des kommunalen Klimaschutzes, durch die z.B. besonders tragfähige Modelle zur Kooperation mit anderen Kommunen, kommunalen Unternehmen und/oder mit der Privatwirtschaft, Handwerksbetrieben, Einzelhandel, Verbänden, Bürgerinitiativen etc. realisiert werden konnten.

Kategorie 3: Kommunaler Klimaschutz zum Mitmachen
Erfolgreich umgesetzte Aktionen zur Beteiligung und Mitwirkung der Bevölkerung bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 7 12/2012)
Vorlage: VO/1939/2012

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu geben, ob sich Marburg - insbesondere der Stadtteil Richtsberg- für den Karl Kübel Preis 2013 bewirbt.
Die Initiativen zum Thema Inklusion / Migration z.B. aufsuchende Elternarbeit für Familien mit Migrationhintergrund sind prädestiniert für das Thema „Macht und stark - Familien kommen an!"

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Universitätsstadt Marburg organisiert über Freie Träger oder durch eigene Aktivitäten in der Tat preiswürdige Leistungen im Bereich der Integration und Familienarbeit.

Zeugnisse dafür sind die Auszeichnungen, die in Kopie im Eingang zum Stadtverordnetensitzungssaal hängen, z.B. im Bereich des Preises Soziale Stadt oder erst kürzlich des Integrationspreises des Landes Hessen für die Interkulturellen Gärten am Richtsberg.

Das in der Frage angesprochene Projekt „Bildungspartnerschaften wurde ab 2007 für eine Dauer von drei Jahren als Modellprojekt durchgeführt und anschließend im Rahmen der städtischen Förderung verstetigt. Dieses Projekt wurde von der Karl-Kübel-Stiftung als „Lernort der Zukunft 2012“ ausgezeichnet.

Nach Eingang der Frage haben wir nochmals eine Bewerbung für den o.a. Preis geprüft und auch die Beteiligten im Stadtteil angefragt. Es wird keine Bewerbung geben, da in der Tat zwar dem Geist des Preises entsprochen wird, aber nicht den Buchstaben der Ausschreibung. Unser Projekt ist mehr auf das Wirken der Familien im Sozialraum ausgelegt und der ausgeschriebene Preis sucht Projekte. die auf Kompetenzförderung für die Beteiligung am Gemeinwesen abzielen.

Wir stellen uns gerne Wettbewerben und suchen diese auch sehr genau aus, bewerben uns aber nur, wenn ein Preisgewinn wahrscheinlich ist, da jede Bewerbung auch immer in erheblichem Aufwand Ressourcen benötigt, die dann den Projekten selbst fehlen.

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 8 12/2012)
Vorlage: VO/1949/2013

Kann der Magistrat bitte darüber Auskunft geben, wie wirksam die Müllberatung der Praxis GmbH ist und ob auch in den äußeren Stadtteilen Beratungen durchgeführt wurden. Wie hoch sind die Kosten für dieses Müllberatungsprojekt 2012 gewesen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Hintergrund ist im aktuellen Haushaltsplan auf Seite 623 aufgeführt: 6790000 Sonstige Sachkosten 59.450 €

Das in Kooperation mit der Praxis GmbH initiierte "Abfallberatungsprojekt Richtsberg" wurde inzwischen auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt. Das Beratungsprojekt hat zu einem nachhaltigen Erfolg bei der Sortenreinheit der Bioabfälle und der übrigen Wertstoffe in allen Problemgebieten sowie bei Bedarf in einzelnen Gebäuden/Gebieten geführt. Die Abfallberater sind zudem bei anderen Problemfällen (Gelbe Säcke, Papiertrennung etc.) auf Anfrage vom Fachdienst "Stadtgrün, Umwelt und Natur" kurzfristig in der Lage, Kontrollen und Beratungen durchzuführen. Dieser alltags- und zeitnahe Service ist im Sinne einer bürgerfreundlichen Beratung/Betreuung ein wichtiger Baustein. Nebeneffekt: Verminderung von Nachbarschaftsstreitigkeiten und der ordnungsrelevanten Umweltdelikte.

Dieses Projekt wird zur Hälfte aus dem Produkt "Abfallwirtschaft" und aus dem Produkt 469010 "Umwelt und Altlasten" im Rahmen der Abrechnung hoheitlicher Gebührenhaushalt und gewerbliche Entsorgung getrennt finanziert.

Die Auftragshöhe für diese Abfall- und Sonderabfallberatungstätigkeiten beläuft sich auf insgesamt **78.900 € pro Jahr**, demnach sind 39.450 € im Produkt 469010 "Umwelt und Altlasten" und 39.450 € im Produkt 469030 "Abfallwirtschaft" zu veranschlagen.

Erfolge:
Einsparungserfolge sind nicht messbar. Aber: Vor der Einführung der Abfallberatung sind die Bioabfälle vom Richtsberg nicht zur Kompostierungsanlage sondern zur Müllumladestation gebracht worden, da sie technisch nicht verwertbar waren. Seit der Einführung der Abfallberatungen können sämtliche in der Biotonne erfassten Bioabfälle tatsächlich kompostiert werden.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 9 12/2012)
Vorlage: VO/1940/2012

Kann der Magistrat bitte darüber Auskunft geben, wie viele AST-Fahrzeuge bei der Marburger-Buy-Night eingesetzt wurden, wie viele AST-Fahrzeuge zur Reserve bereit stehen und ob alle Fahrzeuge mit Winterreifen ausgestattet sind?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Alle Omnibusse, Kleinbusse für die Personenbeförderung und alle anderen Dienstfahrzeuge der Stadtwerke Marburg werden ohne Ausnahme ab Ende Oktober aus Sicherheitsgründen mit Winterreifen ausgerüstet.

Am Freitag, 30.11.2012 waren fünf Kleinbusse für das AST im Einsatz. Zusätzlich wurde noch ein Midi-Bus eingesetzt, der insgesamt 8 Fahrten gemacht hat, um den Ansturm der Fahrgäste zu bewältigen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dehmel und Hussein (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 10 12/2012) Vorlage: VO/1941/2012

Der Oberbürgermeister hat auf eine kleine Anfrage im November geantwortet, dass die städtischen Unternehmen größtenteils FSC-zertifiziertes Papier verwenden. Kann der Magistrat Einfluss darauf nehmen, dass die städtischen und mehrheitlich öffentlichen Unternehmen (insbesondere Stadtwerke Marburg, GeWoBau, Hessisches Landestheater, MTM, SEG, Sparkasse Marburg-Biedenkopf u. a.) künftig bei ihren Briefumschlägen, Briefen, Veröffentlichungen, Broschüren und allen anderen Publikationen einen entsprechenden sichtbaren Hinweis auf die FSC-Zertifzierung aufnehmen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei der Stadtwerke Marburg GmbH ist der Geschäftsbericht und der Großteil der Flyer sowie die Kundenzeitschrift mit einem sichtbaren Hinweis auf die FSC-Zertifizierung versehen.

Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf bezieht Papier und Briefumschläge mit FSC-Zertifizierung; auch im Geschäftsbericht wird auf die Zertifizierung hingewiesen.

Die Marburg Tourismus GmbH weist ebenfalls bei der Verwendung von FSC-zertifiziertem Papier auf die Verwendung hin.

Von der GeWoBau wird kein FSC-zertifiziertes Papier verwendet, aber der Magistrat wird die Geschäftsführung der GeWoBau auffordern, dies künftig zu tun und bei ihren Veröffentlichungen, Broschüren u. a. einen entsprechenden Hinweis auf die FSC-Zertifizierung aufzunehmen.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 11 12/2012) Vorlage: VO/1942/2012

Wie bewertet der Magistrat die Antwort vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung aus dem Oktober 2012 auf die

Petition an den Hessischen Landtag zum Thema „Kein Kriegsdenkmal in Marburg-Bortshausen", in welchem u. a. auf Rückgriff auf das Bundeskleingartengesetz die Forderung an die Stadt Marburg gerichtet wird, den „Gedenkstein zu beseitigen" und welche Schritte hat der Magistrat unternommen, um der Forderung des Ministeriums gerecht zu werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Magistrat hat die Antwort vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung aus dem Oktober 2012 auf die Petition an den Hessischen Landtag zum Thema „Kein Kriegsdenkmal in Marburg-Bortshausen" sowie eine diesbezügliche Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen, mit der der Fachdienst Bauaufsicht zur Veranlassung der Beseitigung des Gedenksteines aufgefordert wird, der „Kameradschaft Marburger Jäger/2. Panzergrenadierdivision" zugesandt und dieser Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 31. Januar 2013 gegeben.

Im vorgenannten Schreiben vom 15.10.2012 an den Petitionsführer führt das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung aus, dass ein Dauerkleingarten nach § 1 Abs. 3 Bundeskleingartengesetz (BKleinG) ein Kleingarten auf einer Fläche ist, die im Bebauungs- oder Flächennutzungsplan für Dauerkleingärten festgesetzt ist. Des Weiteren wird das Ministerium wie folgt zitiert:

„ Kleingärten sollen nach § 3 BkleinG nicht größer als 400 Quadratmeter sein. Die Nutzung der Parzellen zur Gewinnung von Gartenbauerzeugnissen muss den Charakter der Anlage maßgeblich mitprägen. Eine Kleingartenanlage liegt nicht vor, wenn die Verwendung der Flächen als Nutzgärten nur eine untergeordnete Funktion hat. So tritt etwa die Erholungsnutzung des Gartens zur Gewinnung von Gartenbauprodukten nur hinzu, darf aber den Anbau von Nutzpflanzen nicht verdrängen (vgl. BGH, Urteil vom 17.06.2004, Az. III ZR 281/03, NJW-RR 2004, 1241-1243 = NuR 2005, 483, juris Rn. 14 ff).

Die Nutzung des Grundstücks, auf dem sich der Gedenkstein befindet, hat nach den vorgelegten Berichten überwiegend den Charakter eines öffentlichen Denkmalplatzes („Platz der 2. Grenadierdivision"), auch wenn das Grundstück nicht frei zugänglich ist. Damit widerspricht die tatsächliche Nutzung den Vorgaben des Flächennutzungsplans.

Deshalb ist der Gedenkstein an seinem jetzigen Standort nicht zulässig."

In einem Schreiben desselben Ministeriums vom 13.12.2012 wird diese Bewertung nun um folgende Feststellung ergänzt:

„Falls die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Legalität des Gedenksteins nicht geschaffen werden oder der Gedenkstein nicht von der Kameradschaft Marburger Jäger/2. Panzergrenadierdivision selbst entfernt wird, ist dieser nicht zwangsläufig zu beseitigen. Die Entscheidung darüber liegt vielmehr nach § 72 Abs. 1 Satz 1 Hessische Bauordnung im pflichtgemäßen Ermessen der Bauaufsichtsbehörde unter Beachtung der Aspekte der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme und der Wahrung des Rechtsfriedens."

Inzwischen hat die Kameradschaft Marburger Jäger/2. Panzergrenadierdivision einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 12 12/2012)
Vorlage: VO/1943/2012

Für welchen Zeitraum bewilligt die Stadt Marburg in der Regel Wohngeld und ist dieser Zeitraum in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Wohngeldgesetzes, wonach Wohngeld nur im Einzelfall für weniger als zwölft Monate bewilligt werden darf?

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Antwort mit dem Protokoll erteilt.

Nach § 25 Wohngeldgesetz (WoGG) soll - nicht muss ! - das Wohngeld für die Dauer von 12 Monaten bewilligt werden.

Wenn bei Antragstellung bekannt ist, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse während des Bezugszeitraumes wesentlich verändern werden, ist nach § 25 Abs. 1 auch eine kürzere Bewilligungsdauer möglich.

Wesentliche Veränderungen können insbesondere sein:
Aufnahme/Wegfall einer Erwerbstätigkeit
Veränderung der Familiengröße (z.B. Geburt eines Kindes)

Die Wohngeldbehörde der Universitätsstadt Marburg beachtet selbstverständlich die v.g. gesetzlichen Bestimmungen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 13 12/2012)
Vorlage: VO/1944/2012

Im Geschäftsbericht der Sparkasse Marburg-Biedenkopf wird das „große Gesprächsforum für Kunden mit Bundesaußenminister a. D. Joschka Fischer " aus dem Oktober 2011 erwähnt. Wie hoch war das Honorar für den Referenten und welche Auskünfte können über Honorare für Vortragstätigkeiten bei städtischen Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen der Stadt Marburg gegeben werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Vorstand der Sparkasse Marburg-Biedenkopf wir aus grundsätzlichen Erwägungen auf diese Anfrage nicht antworten. Diese Mitteilung ist eine geschäftspolitische Entscheidung des Vorstands, auf die der Magistrat keinen Einfluss hat.

Zwar kann der Verwaltungsrat gegenüber dem Vorstand um eine entsprechende Auskunft bitten, aber auch der Verwaltungsrat dürfte diese Informationen nicht öffentlich machen.

Von den städtischen Gesellschaften erfolgte die Rückmeldung, dass in 2011 und 2012 keine Honorare für solche Vortragstätigkeiten gezahlt wurden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 14 12/2012) Vorlage: VO/1945/2012

Wie hoch sind die jährlichen Mehreinnahmen an Gewerbesteuer aufgrund von Betriebsprüfungen der Finanzbehörden in den Jahren 2000 bis 2012 und wie viel davon entfällt auf Großunternehmen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Finanzämter entscheiden in eigener Zuständigkeit über die durchzuführenden Betriebsprüfungen. Der FD Finanzservice wird hierüber nicht unterrichtet.

Somit können die erfragten Daten nicht geliefert werden.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 15 12/2012) Vorlage: VO/1948/2013

Wann wird die Haltestellensituation in der Zahlbach / Fähnrichsweg (Linie 9) verbessert werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Problem der schlechten Anfahrbarkeit der Haltestelle „Fähnrichsweg“ ist bereits mehrfach mit dem zuständigen Fachdienst der Stadt besprochen worden. Es fehlen an der Haltestelle ausreichende Aufstellflächen für die Fahrgäste und Anfahrborde zur Barrierefreiheit.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 16 12/2012) Vorlage: VO/1946/2012

Welche Fortbildungen wurden den Erzieher/innen im Vorschulbereich/Elementarbereich seit 2010 angeboten, und welche wurden von diesen wahrgenommen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die über den Fachdienst 58 angebotenen Fortbildungen werden jährlich in Form eines Fortbildungsprogramms zur Auswahl angeboten.
Die Fortbildungen sollen sich an dem vorhandenen Konzept der Einrichtung orientieren und an Themen, die in der Fachöffentlichkeit diskutiert werden.
Das Fortbildungsangebot richtet sich sowohl an Fachkräfte in Einrichtungen in städtischer wie auch in freier Trägerschaft.
Die in den Jahren 2010 - 2012 angebotenen Fortbildungen wurden auch alle von diesen Fachkräften besucht, d. h. dass keine Fortbildungen mangels Interesse abgesagt werden mussten.

Im Folgenden sind dies Fortbildungen mit den Themen:

2010

- Fortbildungsreihe III: Beobachtung und Dokumentation „Bildungs- und Lerngeschichten"
- Fortbildungsreihe IV: Beobachtung und Dokumentation „Bildungs- und Lerngeschichten"
- Fortbildungsreihe Psychomotorik: Kurs 1 „Mit allen Sinnen erleben"
- Fortbildungsreihe Umwelt und nachhaltige Entwicklung mit drei Themen: Lebensraum Wiese, regionale und saisonale Lebensmittel, TransAfrique - Eine Reise durch Afrika
- Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit Eltern
- Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung
- Was hat Aufräumen mit Mathematik zu tun?
- Geschlechtssensible Pädagogik mit Jungen in der Kita
- Dokumentation des Förderprozesses bei Integrationskindern
- Computerkurs für Erzieherinnen und Erzieher

2011

- Fortbildungsreihe IV: Beobachtung und Dokumentation „Bildungs- und Lerngeschichten"
- Psychomotorik Kurs 2 (Spielräume - die Bedeutung von Bewegung und Spiel in der Psychomotorik) und Kurs 3 (Ich und die anderen - Stärkung von Selbstkonzept und Sozialkompetenz)
- Fortbildungsreihe Umwelt und nachhaltige Entwicklung mit den Themen: Nacht und Fledermaus, Ausstellung Umweltprojekte Marburger Kindergärten, Kinder in anderen Ländern - ökologische und soziale Aspekte, fairer Handel)
- Faustlos als Teamfortbildungen

2012

- Fortbildungsreihe Psychomotorik mit den Kursen 4 (Psychomotorik in der Anwendung) und Kurs 5 (Ausgewählte Themen der Psychomotorik)
- Fortbildungsreihe Umwelt und nachhaltige Entwicklung mit den Themen: Konsum und Lebensstil, Biotope in und um Marburg, Lebensmittel und Lebensmittelvernichtung
- Bindung durch Bildung
- Rhythmus-Musik-Bewegung-Tanz
- Change-Management - Stärkung der personalen Kompetenzen
- Sensorische Integrationsstörungen erkennen und verstehen
- Faustlos als Teamfortbildungen
- Haus der kleinen Forscher (pro Einrichtung zwei Fachkräfte
- "Kindeswohlgefährdung - Handlungskompetenz im Krisenfall" wurde aufgrund von Erkrankung der Referentin auf das Jahr 2013 verschoben.

Zusätzlich zu den o. g. Fortbildungen werden Arbeitskreise zu: Sprachförderung, Psychomotorik, Kinder unter drei Jahren, Integration, Gesund älter werden im Beruf und zu wechselnden Themen, wie z. B. in 2012 „Praxisanleitung von Erzieherinnen und Erziehern im Anerkennungsjahr" angeboten und auch genutzt.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Severin (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 5 Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2012 bis 2016, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2013 - 2. Lesung und Beschlussfassung -
Vorlage: VO/1917/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Haushalt 2013 ausführlich beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Beschlussfassung.

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert das Haus über die zur Verfügung stehenden Redezeiten, die im Ältestenrat vereinbart worden sind. Die Zeiten orientieren sich an der jeweils praktizierten Regelung in den vergangenen Jahren:

SPD-Fraktion:	**48 Minuten**
CDU-Fraktion:	**36 Minuten**
Bündnis 90/Die Grünen:	**35 Minuten**
Marburger Linke:	**21 Minuten**
FDP-Fraktion:	**18 Minuten**
MBL-Fraktion:	**18 Minuten**
BfM:	**17 Minuten**
Stadtverordneter Klee (Parteilos):	**17 Minuten**

Weiterhin weist der Stadtverordnetenvorsteher auf die allen Stadtverordneten vorliegenden **Tischvorlagen** hin.

Dies sind im Einzelnen:

1. **Zusammenstellung der Haushaltsanträge der CDU-Fraktion, Haushalt 2013 – Beantragte Einzelabstimmungen**
2. **Liste der beantragten Einzelabstimmungen der Fraktion Marburger Linke**
3. **Liste der im Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge**
4. **Liste der im Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge**
5. **Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sperrvermerk**
6. **Gesamtvorlage zum Haushalt, Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2012 bis 2016, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2013 - 2. Lesung und Beschlussfassung – VO/1917/2012**

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Im Rahmen der Haushaltsdebatte sprechen die Stadtverordneten Rink (SPD), Stompfe (CDU), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Schalauske (Marburger Linke), Sawalies (FDP), Dr. Uchtmann (MBL), Suntheim-Pichler (BfM). Der Stadtverordnete Klee verzichtet auf seinen Wortbeitrag. Weiter sprechen die Stadtverordneten Severin (SPD), Pfalz (CDU), Messik (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (Marburger Linke), Becker (MBL), Suntheim-Pichler (BfM) (verzichtet ebenfalls auf den Wortbeitrag), Dr. Wiegand (SPD), Stötzel (CDU), Seitz (Bündnis 90/Die Grünen), Büchner (SPD), Dehmel (SPD), Rink (SPD); Becker (MBL) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht der Kämmerer Oberbürgermeister Vaupel.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft nach Abschluss der Haushaltsdebatte die verschiedenen Listen zur Abstimmung auf.

Liste der Haushaltsanträge der CDU-Fraktion zum Haushalt 2013, beantragte Einzelabstimmungen

S. 237
Produkt: 009010 / Konto: 6179390
Sachausgaben Ortsbeiräte + 50.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, MBL, BfM, Stadtverordneter Klee und Fraktion Marburger Linke sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

S. 237
Produkt: 009010 / Konto: 6179391
Sachausgaben Stadtteilgemeinden + 50.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL, BfM, Stadtverordneter Klee und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke, bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

S. 603
Produkt: 662030 / Konto: 5097000

Parkgebühren	- 100.000 €
Ausschilderung der Parkplätze	+ 25.000 €
Parkplatzkonzept	+ 25.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL, BfM sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und Stadtverordneter Klee, bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

S. 620
Produkt 666010 / Konto: 6165000
Instandhaltung von Straßen etc. + 138.000 €
(Ansätze erhöhen Straßenunterhaltung DBM 120.000 € und Feldwegunterhaltung DBM 18.000 €)

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und MBL, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung von FDP, BfM und Stadtverordneter Klee folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

S. 670
Produkt 110700 / Konto: I107
Zuwegung zum Schloss 25.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU und Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und Enthaltung von FDP; BfM, MBL und Stadtverordneter Klee folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

S. 723
Produkt: 241030 / Konto: I413.001.9
Ausstattungen und Geräte + 45.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und Marburger Linken und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BfM und Stadtverordneter Klee sowie Enthaltungen von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

S. 723
Produkt 241030 / Konto: I650.021.9
Umgestaltung Stadthalle - 5.000.000 €
Verpflichtungsermächtigung - 21.300.000 €
Neubau Stadthalle + 100.000 € (für die Planung eines Neubaus)

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und Stadtverordneter Klee, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung von FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

S. 777
Produkt: 660010 / Konto: I650.003.1
Alte Schule Ockershausen + 250.000 €
Verpflichtungsermächtigung + 250.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linken und Stadtverordneter Klee sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltungen von BfM und FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Auf besonderem Antrag wird protokolliert, dass der Stadtverordnete Simon (SPD) sich an der Anstimmung nicht beteiligt hat.

S. 799
Produkt: 662030 / Konto: I623
Planungskosten Tiefgarage + 100.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL und Stadtverordneter Klee sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltungen der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Einzelabstimmungswünsche der Fraktion Marburger Linke zum Haushalt 2013

1. Vorschläge der Magistrats

Ergebnishaushalt

Produkt 182010 / Konto: 7128500
Zuschüsse für Wirtschafts- und Strukturpolitik
+ 150.000 € Zuschuss Botanischer Garten

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP und der BfM mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Produkt: 332140 / Konto: 6102000
Dienstleistungen DBM
+ 300.000 € Erhöhung der Grundpauschale Winterdienst

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

2. Vorschläge der Marburger Linken

Ergebnishaushalt Mehreinnahmen

Gewerbesteuer
Produkt 120020 / Konto: 5553000
+ 17.490.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Ergebnishaushalt Mehrausgaben

Stelle Ausländerbeirat
Produkt: 009010 / Personalaufwand
+ 35.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und des Stadtverordneten Klee, bei Enthaltung der FDP und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Besserer ÖPNV
Produkt: 110700 / Su. ord. Aufw.
+ 2.000.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und des Stadtverordneten Klee sowie bei Enthaltung der FDP und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Schwimmbad Wehrda: längere Öffnungszeiten
Produkt: 274010 / Personalaufwand
+ 30.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und des Stadtverordneten Klee sowie bei Enthaltung der FDP und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Finanzhaushalt

Sozialer Wohnungsbau
Produkt: 120000 / Konto: I200.002.0
+ 3.000.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, MBL und BfM sowie bei Enthaltung von FDP und Stadtverordneter Klee folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Kauf weiterer Geschwindigkeitsmesser
Produkt: 332120 / Konto: I322.001.9
+ 100.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und des Stadtverordneten Klee sowie bei Enthaltung der FDP und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

3. Vorschläge von SPD / Grüne

Finanzhaushalt

Produkt: 555010
Wohnungswesen – Förderzuschuss für Wohnraum
+ 1.500.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktionen Marburger Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen und MBL sowie Nein-Stimmen von CDU und BfM und Enthaltungen von FDP und Stadtverordneter Klee folgenden Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Produkt: 110700
ÖPNV – Planungskosten Zuwegung Schloss
+ 10.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Stadtverordneter Klee sowie Nein-Stimmen von Marburger Linke und MBL sowie Enthaltungen von FDP und BfM folgenden Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt.

4. Vorschläge der CDU

Ergebnishaushalt

Produkt: 009010 / Konto: 6179390
Sachausgaben Ortsbeiräte
+ 50.000 €

Auf die Abstimmung über diesen Antrag wird verzichtet, da er bereits in der Liste der Einzelabstimmungen der CDU enthalten war und abgestimmt wurde.

Produkt: 242010 / Konto: 7128310
Allgemeine Sportförderung
+ 35.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linken, MBL, BfM und Stadtverordneter Klee, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Liste der im Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge zum Haushalt 2013

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die vom Haupt- und Finanzausschuss abgelehnten Anträge auf und erläutert das über die Änderungsanträge der Fraktionen jeweils separat abgestimmt wird und zwar in der Reihenfolge, wie die Fraktionen in der Liste aufgeführt sind.

1. Abstimmung über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der CDU-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und des Stadtverordneten Klee sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung von BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die Anträge der CDU-Fraktion werden abgelehnt.

2. Abstimmung über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der Fraktion Marburger Linke

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von Marburger Linken und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BfM und MBL und bei Enthaltung des Stadtverordneten Klee folgenden Beschluss:

Die Anträge der Fraktion Marburger Linke werden abgelehnt.

3. Abstimmung über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der FDP-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von FDP und Stadtverordneter Klee, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung von CDU, MBL, Marburger Linken und BfM folgenden Beschluss:

Die Anträge der FDP werden abgelehnt.

4. Abstimmung über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der MBL-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von MBL, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Enthaltung von CDU, FDP, BfM und Stadtverordneten Klee folgenden Beschluss:

Die Anträge der MBL werden abgelehnt.

5. Abstimmung über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der BfM

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von BfM, CDU und Stadtverordneter Klee, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie bei Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die Anträge der BfM werden abgelehnt.

Liste der im Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge zum Haushalt 2013

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert, dass über die in der Liste enthaltenen Anträge des Magistrats und der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen jeweils getrennt abgestimmt wird.

1. Abstimmung über die zur Annahme empfohlenen Anträge des Magistrats

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Stadtverordneter Klee, Nein-Stimmen von CDU, Marburger Linken und MBL und bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Die Anträge des Magistrats werden angenommen.

2. Abstimmung über die zur Annahme empfohlenen Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von CDU, MBL, BfM und Stadtverordneter Klee sowie bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Die Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden angenommen.

Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke zum Haushalt 2013 betr. Sperrvermerk

Wie der Stadtverordnetenvorsteher erläutert ist dieser Änderungsantrag zum Haushalt der Fraktion Marburger Linke im Haupt- und Finanzausschuss noch nicht beraten worden. Es wäre daher als Verfahrensentscheidung zunächst festzulegen, ob der Antrag zur Abstimmung zugelassen wird. Damit ist das Haus einverstanden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von CDU und bei Enthaltung des Stadtverordneten Klee folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird zur heutigen Abstimmung zugelassen.

Die Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen erklären ihren Beitritt zu diesem Änderungsantrag.

Der Änderungsantrag hat folgenden Wortlaut:

„Das Produkt 110310, "Zentrale Verwaltungs- und Organisationsdienstleistungen", Konto: 7128262, "Zuschüsse für Sozial- und Jugendwesen (ab 2013)" in der Höhe von 900 € wird mit einem Sperrvermerk bis Ende März versehen"

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU und Enthaltung von FDP und Stadtverordneter Klee folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird angenommen:

Das Produkt 110310, "Zentrale Verwaltungs- und Organisationsdienstleistungen", Konto: 7128262, "Zuschüsse für Sozial- und Jugendwesen (ab 2013)" in der Höhe von 900 € wird mit einem Sperrvermerk bis Ende März versehen

Gesamtvorlage zum Haushalt, Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2012 bis 2016, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2013

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert, dass über die Ziffern I bis IV der ausliegenden Vorlage einzeln abgestimmt wird **unter Berücksichtigung der zuvor durchgeführten Einzelabstimmungen.**

Zu I

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Nein-Stimmen von CDU, Marburger Linken, MBL, FDP, BfM und Stadtverordneter Klee folgenden Beschluss:

I. gemäß § 101 Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2012 bis 2016 mit einem Volumen von 174.221.000 € beschlossen;

Zu II

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

II. der Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung wird auf 106,758 Beamten- und 750,654 Beschäftigtenstellen nach TVöD festgesetzt;

Zu III

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Nein-Stimmen von CDU, Marburger Linken, BfM, MBL und Stadtverordneter Klee folgenden Beschluss:

III. aufgrund der §§ 94 ff. HGO wird die beigefügte Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg zu beschlossen;

Die Haushaltssatzung 2013 liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Zu IV

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von CDU, MBL, BfM und Stadtverordneter Klee folgenden Beschluss:

IV. bei der Investitionsnummer I650.021.9 „Umgestaltung Stadthalle“ wird aus dem Haushaltsansatz 2013 ein Betrag von 5.000.000 € und aus der Verpflichtungsermächtigung 2013 ein Betrag von 18.000.000 € mit Wirkung vom 1. Januar 2013 freigegeben.

---

zu 6 Seniorenbeirat - Wahl eines Mitgliedes der FDP-Fraktion Vorlage: VO/1853/2012

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in seiner heutigen Sitzung beraten. Wie in der Vorlage enthalten, entsendet die FDP-Fraktion als Nachfolger für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Wilfried Wüst den Stadtverordneten Stefan Schartner.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Neubenennung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Stadtverordnete Stefan Schartner wird als Fraktionsmitglied der FDP-Fraktion in den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Marburg gewählt.

---

zu 7 Behindertenbeirat - Wahl eines Mitgliedes der FDP-Fraktion Vorlage: VO/1854/2012

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in seiner heutigen Sitzung beraten. Wie in der Vorlage enthalten, entsendet die FDP-Fraktion als Nachfolger für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Wilfried Wüst den Stadtverordneten Stefan Schartner.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Neubenennung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Stadtverordnete Stefan Schartner wird als Fraktionsmitglied der FDP-Fraktion in den Behindertenbeirat der Universitätsstadt Marburg gewählt.

---

zu 8 Forensikbeirat - Wahl eines Mitgliedes der FDP-Fraktion Vorlage: VO/1855/2012

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in seiner heutigen Sitzung beraten. Wie in der Vorlage enthalten, entsendet die FDP-Fraktion als Nachfolger für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Wilfried Wüst den Stadtverordneten Stefan Schartner.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Neubenennung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Stadtverordnete Stefan Schartner wird als Fraktionsmitglied der FDP-Fraktion in den Forensikbeirat der Universitätsstadt Marburg gewählt.

---

zu 9 Straßenbenennung Gänsegässchen im Stadtteil Ockershausen Vorlage: VO/1895/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der im beigefügten Plan gekennzeichnete Fußweg im Stadtteil Ockershausen erhält den Namen

<u>Gänsegässchen</u>.

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

---

zu 10 Wirtschaftsplan 2013 Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH und Marburger Service GmbH Vorlage: VO/1844/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, MBL, BfM und Stadtverordneter Klee sowie Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Die beigefügten Wirtschaftpläne 2013 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH sowie der Marburger Service GmbH werden beschlossen.

zu 11 Bestellung des Wirtschaftsprüfers des DBM für das Geschäftsjahr 2012
Vorlage: VO/1862/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Magistratsvorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Bestellung der GBZ Revisions- und Treuhand AG, Schubertstraße 8b, 35043 Marburg als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM) zu.

---

zu 12 Neuorganisation des mittelhessischen Regionalmanagements
Vorlage: VO/1886/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke und Ja-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

1. **Die Universitätsstadt Marburg begründet durch Unterzeichnung des Gesellschaftervertrages (Anlage 1) eine Gesellschafterstellung in der künftigen Regionalmanagement Mittelhessen GmbH** (Arbeitstitel)**.**

2. **Die Universitätsstadt Marburg zeichnet einen einmaligen Gesellschaftsanteil in Höhe von 1.351 € (5,404 % von 25.000 € Stammkapital) an der neuen Gesellschaft und verpflichtet sich zur Leistung eines jährlichen Finanzierungszuschusses in Höhe von 20.000 € an die Gesellschaft.**

3. **Die Universitätsstadt Marburg stimmt der Satzungsänderung (Anlage 2) des Vereins MitteHessen e. V. zu mit der Rechtsfolge, dass die Mitgliedschaft im Verein mit der Aufnahme als Gesellschafter der GmbH endet.**

---

zu 13 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 13.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Reparatur der Steinschildkröte an der Brüder-Grimm-Schule
Vorlage: VO/1836/2012

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss wurde der Beschlusstext der Vorlage wie folgt geändert:

„Der Magistrat wird gebeten im Kinder- und Jugendparlament über den Zustand der Steinskulpturen an der Brüder-Grimm-Schule Marburg zu berichten."

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen geänderten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten im Kinder- und Jugendparlament über den Zustand der Steinskulpturen an der Brüder-Grimm-Schule Marburg zu berichten.

---

zu 13.2 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Preisreduktion der Einzel- und Tagesfahrkarte des öffentlichen Personennahverkehrs in Marburg
Vorlage: VO/1837/2012

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Beschlusstext der Vorlage wurde im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

„Der Magistrat möge prüfen, wie eine Preisreduktion der Einzel- und Tagesfahrtkarte des öffentlichen Personenverkehrs für Jugendliche die in Ausbildung sind oder zur Schule gehen in Marburg möglich ist."

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Beschlussfassung des geänderten Antragstextes.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge prüfen, wie eine Preisreduktion der Einzel- und Tagesfahrtkarte des öffentlichen Personenverkehrs für Jugendliche die in Ausbildung sind oder zur Schule gehen in Marburg möglich ist.

---

zu 13.3 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Errichtung eines Fußgängerübergangs in der Ernst-Giller-Straße, Ecke Zollbehörde
Vorlage: VO/1838/2012

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird um Überprüfung gebeten, ob die Errichtung eines Fußgängerübergangs in der Ernst-Giller-Straße, Ecke Zollbehörde (Höhe der Deutschen Angestellten Akademie) möglich ist.

---

zu 14 Dringlichkeitsanträge

---

zu 14.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Fußweg zum Garten des Gedenkens Vorlage: VO/1930/2012

Für den Magistrat spricht zu diesem dringlichen Antrag der Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der öffentliche Fußweg der über die Anlage „Garten des Gedenkens“ in die Oberstadt führt, mit in den Winterdienstplan aufgenommen wird.

---

zu 15 Anträge der Fraktionen

---

zu 15.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Denkmalschutz Neuer Botanischer Garten Vorlage: VO/1820/2012

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt worden bis zur Februar-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Februar-Sitzung. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 15.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bebauungspläne Marburg Kernstadt/ Altstadt Vorlage: VO/1821/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 15.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kellerkataster Vorlage: VO/1822/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und der MBL, Enthaltung der FDP und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 15.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Wohnungsberichterstattung Vorlage: VO/1829/2012

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Im Sozialausschuss ist der Antragstext auf folgende Fassung abgeändert worden.

„Der Magistrat wird aufgefordert im Rahmen der zukünftigen Sozialberichterstattung eine regelmäßige Wohnungsberichtserstattung für die Universitätsstadt Marburg zu realisieren.“

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Sozialausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Annahme des veränderten Beschlusstextes.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert im Rahmen der zukünftigen Sozialberichterstattung eine regelmäßige Wohnungsberichtserstattung für die Universitätsstadt Marburg zu realisieren.

zu 15.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Strom-Sozialtarif Vorlage: VO/1893/2012

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext wurde im Sozialausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

„Der Magistrat wird gebeten, die Stadtwerke Marburg zu veranlassen, für Stadtpassinhaber/-innen Sonderkonditionen beim Förderprogramm Stromeinsparmaßnahmen einzuführen, damit diese ihren Stormverbrauch mit neuen Geräten dauerhaft senken können. Das Förderprogramm soll von den Stadtwerken finanziert werden.“

Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem geänderten Antragstext.

Der Ausgangsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Sozialausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zur geänderten Antragsfassung. Auch im Haupt- und Finanzausschuss wurde der ursprüngliche Antrag zur Ablehnung empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über beide Antragsfassungen abstimmen.

1. Abstimmung über den ursprünglichen Antragstext

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Enthaltung des Stadtverordneten Klee sowie Nein-Stimmen von aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

2. Abstimmung über die geänderte Antragsfassung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Enthaltung des Stadtverordneten Klee und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die Stadtwerke Marburg zu veranlassen, für Stadtpassinhaber/-innen Sonderkonditionen beim Förderprogramm Stromeinsparmaßnahmen einzuführen, damit diese ihren Stormverbrauch mit neuen Geräten dauerhaft senken können. Das Förderprogramm soll von den Stadtwerken finanziert werden.

---

zu 15.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Erwerb des VfB-Vereinsgeländes an der Gisselberger Straße Vorlage: VO/1894/2012

Die Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss beraten. Der Ausschuss hat den Antrag zurückgestellt bis erste Ergebnisse der eingerichteten Verhandlungsgruppe vorliegen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis Ergebnisse der Verhandlungsgruppe vorliegen.

---

zu 15.7 Antrag des Stadtverordneten Klee betr. Fußläufige Erreichbarkeit der Mensa am Erlenring
Vorlage: VO/1899/2012

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeit besteht, in Zusammenarbeit mit der Philipps Universität den Zugang zur Mensa am Erlenring so zu gestalten, dass Besucher, die aus Richtung der stadteinwärtigen Bushaltestelle Erlenring kommen, nicht mit dem Parkverkehr durch die beschrankte Zufahrt zum Parkplatz, sondern ohne Umweg auf einem separaten Fußweg zur Mensa gelangen können.

---

zu 16 Kenntnisnahmen

---

zu 16.1 Beteiligungsbericht 2012 der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/1845/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den beigefügten Beteiligungsbericht 2012 der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung **20:58 Uhr.**

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

- Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion
- Haushaltssatzung 2013

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: VO/1930/2012 Status: öffentlich Datum: 20.12.2012 Eingang: 20.12.2012	TOP 14.1
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der CDU-Fraktion betr. Fußweg zum Garten des Gedenkens

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der öffentliche Fußweg, der über die Anlage „Garten des Gedenkens" in die Oberstadt führt, mit in den Winterdienstplan aufgenommen wird.

Begründung:

Der neue Weg führt neben der Haspelgasse und die Augustinergasse als dritte Wegeführung in die Oberstadt. Diese neue Wegeführung ist dazu geschaffen worden, dass ein weiterer Aufstieg in die Oberstadt möglich ist. Sie wird von den Marburger Bürgern angenommen und benutzt.

Wie die beiden anderen Wegeführungen, die vom Winterdienst erfasst sind, ist es wichtig, dass die Bürger den neuen Weg bei Schnee und Eis nicht „auf eigene Gefahr" benutzen müssen, sondern auch dieser Weg vom Winterdienst erfasst wird.

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass bedingt durch die Jahreszeit jederzeit wieder mit Schneefall und Glätte zu rechnen ist.

Anni Röhrkohl **Philipp Stompfe** **Wieland Stötzel**
Mathias Range **Stephan Muth**

Ausdruck vom: 09.01.2013
Seite: 1/1

Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2 0 1 3

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2011 (GVBl. 2011 I S. 786), hat die Stadtverordnetenversammlung am 21. Dezember 2012 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis		
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	199.532.000 €	
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	199.478.000 €	
mit einem Saldo von		54.000 €
im außerordentlichen Ergebnis		
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.500.000 €	
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 €	
mit einem Saldo von		1.500.000 €
mit einem Überschuss von		1.554.000 €

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	5.031.812 €	
und dem Gesamtbetrag der		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf		11.176.000 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf		36.631.000 €
mit einem Saldo von		25.455.000 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	25.455.000 €	
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	6.193.000 €	
mit einem Saldo von		19.262.000 €
mit einem Finanzfehlbedarf des Haushaltsjahres von	1.161.188 €	

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2013 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 25.455.000 € festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds

Abteilung A	60.000 €
Abteilung B / C	2.300.000 €

enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die im Haushaltsjahr Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf 3.500.000 € festgesetzt.

Diese Investitionskredite verteilen sich wie folgt:

2015	1.000.000 €
2016	500.000 €
2017	2.000.000 €

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2013 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 33.245.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2013 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2013 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	a)	für die land- und forst-wirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	280 v. H.
		b)	für die Grundstücke	

	(Grundsteuer B) auf	330 v. H.
2.	Gewerbesteuer auf	370 v. H.

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 HGO wird dem Haupt- und Finanzausschuss die Zuständigkeit für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in folgenden Fällen übertragen:

Haushaltsteil	**Überschreitung des Haushaltsansatzes ab**	**und/oder absoluter Betrag ab**
Ergebnishaushalt/Finanz-haushalt (konsumtiv)	20 %	10.000 €
Finanzhaushalt Investitionen	10 %	100.000 €

Von den genehmigten Haushaltsüberschreitungen ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 100 Abs. 1 HGO Kenntnis zu geben.

§ 8

Sperren

1. Die Haushaltsmittel des Finanzhaushaltes für Investitionen - Haushaltsansätze, Haushaltsreste und Verpflichtungsermächtigungen - sind in vollem Umfange gesperrt.

Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

Übersteigt der Betrag für ein neues Projekt 500.000 €, ist bei Beginn des Projektes die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

Die bisher erteilten Freigaben aus den Vorjahren behalten ihre Gültigkeit.

2. Im Produkt 469010 „Umwelt und Altlasten“ ist im Finanzhaushalt der Ansatz bei der Investitionsnummer I673.003.2 „Zuschuss energetische Sanierung“ für das Bettenhaus bei Auszahlungen über 50.000 € gesperrt.

Die Freigabe erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Vorlage eines Gesamtkonzepts.

3. Im Produkt 182010 „Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung“ ist im Finanzhaushalt der Ansatz bei der Investitionsnummer I153.001.3 „Pilotprojekt Glasfaserinfrastruktur“ gesperrt.

   Die Freigabe erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Vorlage eines Gesamtkonzepts.

4. Im Produkt 515010 „Freie Träger/Soziale Stadt Leistungs- und Organisationsentwicklung“ ist im Finanzhaushalt der Ansatz bei der Investitionsnummer I511.001.3 „Zuschuss an freie Träger“ für die Maßnahme „Bau und Ausstattung Bildungshaus Natur“ in Höhe von 120.000 € gesperrt.

   Die Freigabe erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Vorlage eines Gesamtkonzepts incl. der Betriebskosten.

§ 9

Besondere Bestimmungen zum Stellenplan

Die Besetzung von neuen bzw. frei werdenden Stellen wird gesperrt. Hiervon ausgenommen sind die Stellen in der Betreuung in den Bereichen „Kindergarten“ und „Schulen“.

Eine Freigabe erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Darlegung der Notwendigkeit der (Wieder-) Besetzung.

Die bereits getroffenen Personalentscheidungen behalten ihre Gültigkeit.

Marburg,

Der Magistrat

Egon Vaupel
Oberbürgermeister